

Sonntag, 21. Juli

Arbeitgeberdirektor Roland Müller im Interview

«Ältere müssen nicht mehr verdienen»

NZZ am Sonntag Sonntag, 21. Juli



«Es zählt nicht mehr nur der Lohn»: Roland Müller, Direktor des Arbeitgeberverbands. (Bild: Keystone / Ennio Leanza)

Arbeitgeberdirektor Roland Müller sagt, viele ältere Arbeitnehmer müssten in Zukunft mit weniger Lohn auskommen. Dafür hätten sie mehr Zeit für sich.

Interview: Sarah Nowotny

NZZ am Sonntag: Sie sind seit Anfang Juli Direktor des Arbeitgeberverbands. Wie beurteilen Sie die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Moment?

Roland Müller: Heute ist die Stimmung nicht schlecht, die Arbeitslosigkeit tief. Noch ist der Arbeitsmarkt flexibel und offen. Dass dies so bleibt, ist aber nicht selbstverständlich angesichts der Volksabstimmungen zu den Themen Umverteilung und Personenfreizügigkeit.

Im November stimmen wir über die 1:12-Initiative ab, später folgt die Mindestlohninitiative. Wie überzeugen Sie das Volk angesichts neuerlicher Lohnexzesse à la Vasella von Ihren Argumenten gegen Umverteilung?

Auch wir distanzieren uns von derartigen Spitzengehältern. Aber das sind Einzelfälle. Deshalb müssen wir erklären, dass diese Umverteilungsinitiativen nicht zu mehr Lohngerechtigkeit führen. Unser System der Sozialpartnerschaft auf Betriebsebene funktioniert gut. Umfragen zeigen: Arbeitnehmer sind grundsätzlich zufrieden mit ihrem Lohn.

In der öffentlichen Wahrnehmung verschärft auch die Zuwanderung den Lohndruck. Sind die bevorstehenden Abstimmungen gegen mehr Einwanderer und für die Personenfreizügigkeit mit Kroatien zu gewinnen?

Das Umfeld ist schwierig, zumal vor dem Hintergrund des Imageverlusts der Wirtschaft. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass es gelingen wird, durch eine vernünftige und glaubwürdige Argumentation den freien und offenen Arbeitsmarkt zu bewahren. Wir dürfen auf keinen Fall drohen, aber es besteht die Gefahr, dass Firmen ohne den freien Arbeitsmarkt in der Schweiz nicht weiter ausbauen und der Forschungsstandort leidet. Gleichzeitig darf sich die Wirtschaft nicht scheuen, negative Konsequenzen der Einwanderung anzusprechen.

Bisher hatte man aber den Eindruck, dass die Wirtschaft den Dichtestress vieler Schweizer verharmlost. Auch Sie haben sich gerade wieder für Wachstum ausgesprochen. Wie soll man Sie unter diesen Umständen ernst nehmen?

Wir müssen eben auch betonen, dass wir mit unserem Wachstum bisher gut gefahren sind. Die Zuwanderung mag Probleme verschärfen, ist aber nicht der Auslöser für volle Züge und hohe Mieten. Die Züge benutzen vor allem auch einheimische Pendler, und die Mieten steigen, weil auch Schweizer immer mehr Wohnfläche beanspruchen. Ich bin deshalb überzeugt, dass wir nicht das ganze System auf den Kopf stellen müssen. Stattdessen müssen wir etwa über neue Arbeitszeitmodelle nachdenken, auch

über Home Office. Oder darüber, ob man Unternehmen in gewissen Bauzonen ausserhalb der Agglomeration ansiedeln könnte.

Ich bestreite, dass ältere Arbeitnehmer häufiger entlassen werden, denn die Arbeitslosenquote bei ihnen ist nicht höher als bei jüngeren. Was aber stimmt, ist, dass es Ältere schwerer haben, den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Auf dieses Thema müssen wir unsere eigenen Leute sensibilisieren.

Was wollen Sie konkret für ältere Arbeitnehmer tun?

Sie benötigen oft individuelle Anleitung dazu, wie man sich für eine Stelle bewirbt, oder sie haben nicht die nötigen Weiterbildungen. Zudem ist die Stellenvermittlung zu optimieren. Vor diesem Hintergrund ist die Arbeitslosenversicherung gefragt. Heute sind viele ihrer Kurse kollektiv, dabei benötigen gerade viele ältere Arbeitssuchende eine individuellere Betreuung. Immerhin haben wir auch bei der Invalidenversicherung gute Erfahrungen gemacht mit individuellen Massnahmen. Dass diese Geld kosten, ist klar. Ob deswegen die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung steigen, lässt sich noch nicht sagen.

Diese Massnahmen beseitigen aber nicht das Grundproblem: Ältere Arbeitnehmer sind teurer als jüngere.

Das ist ein anderes Tabu, das wir aufbrechen müssen. Lohnklassen müssen ja nicht ans Lebensalter gekoppelt sein. Heute gehen wir davon aus, dass es mit Lohn und Karriere bis zur Pensionierung bergauf geht. Es geht aber auch anders. Konkret: Warum sollte man nicht ab einem gewissen Alter temporär weniger verdienen oder im eigenen Unternehmen eine hierarchisch tiefere Stelle bekleiden? Schliesslich kann man ein paar Jahre später wieder an einem ganz anderen Ort einsteigen. Je älter die Menschen werden, desto wichtiger wird ohnehin die Wertschätzung am Arbeitsplatz. Es zählt nicht mehr nur der Lohn. Zudem will man heute auch ein Leben neben der Arbeit. Allerdings müssen solch flexible Karrieren gesellschaftlich noch viel salonfähiger werden.

Aber gerade mit über 50 Jahren, wenn die Kinder in der Ausbildung sind, braucht man am meisten Geld.

Es kommt immer auf die konkrete Situation an. Man muss nicht in jedem Fall mehr verdienen, je älter man ist. Meistens gibt es Lösungen. Wenn die Kinder studieren und der Mann kürzer tritt, könnte zum Beispiel die Ehefrau wieder mehr arbeiten. Künftig brauchen wir ohnehin vermehrt ältere Arbeitnehmer. Denn der Arbeitsmarkt trocknet aus demografischen Gründen zunehmend aus. In Zukunft werden die Leute deshalb länger arbeiten müssen.

Man soll also länger arbeiten, weniger verdienen und damit auch weniger in die berufliche Vorsorge für die Zeit nach der Pensionierung einzahlen?

Das kann man so nicht sagen. Es darf keinen Lohndruck gegen unten geben, und es werden nicht alle älteren Arbeitnehmer weniger verdienen. Aber wir gehen zum Beispiel davon aus, dass ab einem gewissen Alter auch Teilzeit, dafür über das Referenz-Rentenalter hinaus gearbeitet werden kann. Zum Thema berufliche Vorsorge: Es stimmt, heute sind die Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer in der Regel höher. Dies bedeutet aber nicht automatisch höhere Gesamtlohnkosten. Denn oft sind Arbeitnehmer bereit, einen tieferen Nettolohn zu beziehen, im Wissen darum, dass ihnen die höheren Beiträge bei der eigenen Vorsorge zugute kommen.

Sozialminister Alain Berset will Rentenalter 65 für alle, Sie denken bereits an Rentenalter 67. Gleichzeitig sprechen Sie von Lohneinbussen. Wie lässt sich so ein Programm politisch verkaufen?

Bundesrat Berset und wir haben unterschiedliche Zeitpläne. Er plant eine Reform für 2020. Auch uns ist klar, dass 2020 noch nicht Rentenalter 67 gelten kann. Rentenalter 67 wird erst für die Zeit um 2030 zum Thema. Beispielsweise könnte man ab 2020 das Rentenalter pro Jahrgang um zwei Monate erhöhen. Auf jeden Fall können wir die aktuellen demografischen Entwicklungen nicht ausblenden und müssen versuchen, Verständnis zu wecken, damit die Reformen sozialverträglich gestaltet werden.

Roland Müller

Roland Müller, Jahrgang 1963, ist seit Anfang Juli Direktor des Arbeitgeberverbands. Müller ist Rechtsanwalt und Titularprofessor für Arbeits- und Sozialversicherungsrecht an der Universität Zürich. Beim Arbeitgeberverband ist Müller seit fünf Jahren, zuvor arbeitete er für den Versicherungsverband. (sno.)